

Ressort: Finanzen

Chinesische Importe machen deutscher Stahlindustrie zu schaffen

Berlin, 15.07.2015, 09:43 Uhr

GDN - Der deutschen Stahlindustrie machen chinesische Billig-Importe zu schaffen. "Die Stahlindustrie ist nicht grundsätzlich gegen Importe. Stahl zu Dumpingpreisen hat aber nichts mit fairem Wettbewerb zu tun", sagte Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (Mittwochausgabe).

Derzeit gelange "in großen Mengen Stahl aus China zu Dumpingpreisen nach Europa und Deutschland", berichtete der Branchenpräsident. "Das besorgt uns sehr." In China gebe es Überkapazitäten im Umfang von 300 Millionen Tonnen. "Das ist das Doppelte dessen, was wir in Europa verwenden." China habe im vergangenen Jahr 2014 mehr als 90 Millionen Tonnen exportiert. "Das belastet auch den deutschen Markt", sagte Kerkhoff. Die Folge der chinesischen Exportpolitik sei, dass in Europa marktwirtschaftlicher Wettbewerb verhindert werde. Insofern sei es folgerichtig, dass die EU-Kommission mit vorläufigen Zöllen auf einzelne Stahlsorten aus China reagiert habe. Sorgen bereiten der deutschen Stahlindustrie auch Pläne für eine Verschärfung des Handels mit industriellen Rechten zum Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂). "Vor einer weiteren Verschärfung des Emissionshandels kann ich nur warnen. Sonst könnten einige Hersteller in eine dramatische Lage geraten", sagte Stahl-Präsident Kerkhoff der Zeitung. Stahlproduktion ohne CO₂ sei nicht möglich. Selbst die besten Stahlhersteller, die am technischen Optimum arbeiten, müssten derzeit schon Zertifikate kaufen. "Das bleibt nicht ohne Folgen für die global konkurrierenden Unternehmen in Deutschland", betonte Kerkhoff. Deutschlands Stahl-Industrie befürchtet auch finanzielle Belastungen bei der sogenannten Eigenstrom-Erzeugung. Stahlhersteller, die Gase aus dem Hochofen verstromen, seien in Deutschland noch bis zum Jahr 2017 teilweise von der Zahlung der Erneuerbare-Energien-Umlage befreit. "Durch einen Wegfall dieser Regelung könnten den Unternehmen zusätzliche Kosten von 120 Millionen Euro jährlich entstehen", erklärte Kerkhoff. "Wir hoffen, dass sich die Bundesregierung auch auf europäischer Ebene für eine allgemeine Befreiung der industriellen Eigenstromerzeugung von der EEG-Umlage einsetzt. Unternehmen, die Hüttengase ökologisch sinnvoll einsetzen, sollten nicht dafür bestraft werden."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-57617/chinesische-importe-machen-deutscher-stahlindustrie-zu-schaffen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619